



10 MILLIARDEN INVESTITIONSPROGRAMM AUFGELEGT

Investitionsprogramm stärkt Kommunen

Die Bundesregierung hat sich über die Verteilung der 10 Mrd. Euro, die Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble als zusätzliche öffentliche Investitionen für die Jahre 2016 bis 2018 angekündigt hatte, verständigt und den Kommunen weitere 5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Der Bund wird in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 7 Mrd. Euro für zusätzliche Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, den Hochwasserschutz, für Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, den Klimaschutz und die Städtebauförderung bereitstellen. Daneben werden in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt zusätzliche 3 Mrd. Euro über alle Ministerien verteilt zur Verfügung gestellt, um wichtige Investitionen für die Zukunft unseres Landes weiter vorwärts zu bringen. CSU und CDU hatten bereits im vergangenen Jahr bei den ersten Überlegungen, ein nationales Investitionsprogramm aufzulegen, darauf hingewiesen, dass die Kommunen

die staatliche Ebene in Deutschland sind, die die Mittel am schnellsten und zielgenau einsetzen kann. Die Einigung der Großen Koalition greift diese Forderung auf und ermöglicht damit eine zielgenaue Förderung der Kommunen bei gleichzeitiger Setzung wichtiger Konjunkturimpulse. Von den Ländern erwartet die Bundesregierung auch bei dieser Kommunal-Unterstützung des Bundes, dass die Mittel zusätzlich und ungekürzt bei den Kommunen ankommen und keine Verrechnung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen wird. Auch eine Verrechnung der Bundesmittel mit Förderprogrammen der Länder muss ausgeschlossen werden, um sicherzustellen, dass die Kommunen tatsächlich zusätzliche Mittel zur Stärkung der Investitionskraft erhalten. Jetzt besteht die Chance, durch zielgerichtete Maßnahmen die Lebensqualität für die Menschen direkt vor Ort zu erhöhen und den Städten und Kommunen auch in unserer Region neue Handlungsspielräume zu eröffnen.



*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!*

Ostern ist ein Fest der Hoffnung für alle Menschen weltweit und nicht nur für uns Christen. Ostern weckt in vielen Menschen die Sehnsucht, dass es Frieden gibt, im Nahen und Mittleren Osten, in der Ukraine, in Afrika und in vielen anderen Teilen der Erde.

An Ostern schöpfen auch viele Menschen bei uns neue Lebenskraft und neuen Lebensmut. Dies gilt auch gerade für die jungen Menschen, die mit Sorge um eine gute Bildung und einen sicheren Arbeitsplatz viele politische Entscheidungen in Deutschland aufmerksam beobachten.

Jeder Mensch, der aus dem Osterglauben Hoffnung schöpft, kann zum Hoffnungsträger für seine Mitmenschen, für das Gemeinwohl und damit für eine bessere Zukunft werden.

Es ist die besondere Botschaft von Ostern, die wie ein Funke auch auf Menschen anderer Religionen und Nichtgläubige überspringt. Ostern ist eine Quelle nie vergehender Hoffnung. Wer Hoffnung hat, packt an und verändert die Welt.

Mit diesen Gedanken zum Osterfest und dem Bild vom Osterbrunnen in Gößweinstein wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Osterfest.

Dr. Wolfgang Koschyks



HOHE UNGARISCHE AUSZEICHNUNG

„Ein echter Freund Ungarns!“

Für seinen Einsatz für die deutsch-ungarischen Beziehungen ist Hartmut Koschyk MdB (*links*) mit dem Offizierskreuz des ungarischen Verdienstordens ausgezeichnet worden. Die Übergabe der Auszeichnung nahm der ungarische Botschafter Jozsef Czukur (*2. v. r.*) beim Amtswechsel des ungarischen Honorarkonsuls in Nürnberg vor. Dabei wurden der bisherige Honorarkonsul Günter Späth (*3. v. l.*) verabschiedet und der Unternehmer Siegfried Axtmann (*rechts*) als Nachfolger in sein Amt eingeführt. Mit dem Offizierskreuz des ungarischen Verdienstordens sollen Koschyks großes Engagement, sein erfolgreicher Einsatz und alles, was er für die Intensivierung der deutsch-ungarischen Beziehungen geleistet hat, gewürdigt werden, sagte Botschafter Czukur. Bereits als Parlamentarischer Staatssekretär habe Koschyk zwischen 2009 und 2013 zur Anregung deutscher Investitionen in Ungarn und zur Entwicklung intensiver Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutsch-



land und Ungarn beigetragen. 2012 hatte Koschyk als Vorsitzender der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ und des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen die Deutsche Bühne Ungarn nach Berlin eingeladen. 2014 habe Koschyk dann in Ungarn bei einem Austausch mit Vertretern der deutschen Minderheit eine Intensivierung der Zusammenarbeit eingeleitet.

Weiter sind auf dem Bild zu sehen: der neue Generalkonsul der Republik Ungarn in München, Gabor Tordai-Lejko (2. v. l.), und der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Ulrich Maly (3. v. r.).

GESPRÄCH MIT DEM JU-BUNDESVORSITZENDEN

Zukunftsperspektiven



Hartmut Koschyk MdB hat den Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Paul Ziemiak (*im Bild links*), im Bundesinnenministerium empfangen. Im Vordergrund des Gesprächs standen Fragen der Integration und der Identitätsstärkung von Aussiedlern und Angehörigen nationaler Minderheiten in Deutschland sowie deutschen Min-

derheiten im Ausland. Ziemiak selbst wurde im pommerschen Stettin geboren und ist als Kleinkind mit seinen Eltern nach Deutschland ausgesiedelt. Ziemiak berichtete Koschyk, wie er diese Zeit erlebt und wie ihn diese Erfahrung geprägt hat. Ziemiak und Koschyk sind sich einig, dass vor allem jungen Aussiedlern frühzeitig mögliche Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden müssen.

INHALT der 36. Ausgabe von „KpK“

Ungarischer Orden	S. 2
JU-Bundesvorsitzender	S. 2
CSU-Kommunalkonferenz	S. 3
Erbschaftssteuer	S. 3
Gespräch mit Uni Bayreuth	S. 4
Kultradio gestartet	S. 4
Sinti und Roma Bayreuth	S. 4
Elektrifizierung Bahntrasse ..	S. 5
IHK-Gespräch Stromtrasse...	S. 5
Kreistagsbeschluss Strom.....	S. 5
deutsch-polnische Schule.....	S. 6
deutsch-polnischer Tisch	S. 6
Bayreuther Fastenessen.....	S. 6
Lammert in der Ukraine	S. 7
Ukrainischer Außenminister	S. 7
Reservistendienstleistung	S. 7
Klimapartnerschaft.....	S. 8
Humboldt-Stipendiaten.....	S. 8
650 Jahre Stadt Goldkronach....	S. 8
Apostolischer Nuntius.....	S. 9
Maria Laach	S. 9
Albert-Schweitzer-Hospiz	S. 9
Partnerschaft mit Goseong	S.10
Bundesminister a. D. Rösler	S.10
Fraunhofer-Institut	S.10
Institute for Peace Affairs	S.11
dt.-kor. Jugendaustausch	S.11
dt.-kor. Beratergremium	S.11
Pflege	S.12
Lärmschutz Bad Berneck.....	S.12
Internationale Schule	S.12
Besuchergruppen	S.13
Praktikanten berichten.....	S.13
CSU-Kreisvorsitzender	S.14
Unternehmensbesuch BAT	S.14
Unternehmensbesuch NKD.....	S.14
Besuch in Temeswar	S.15
Besuch in Herrmannstadt.....	S.15
Sudetendeutsche Bayreuth	S.15
Neue Internetpräsenz	S.16
Besuch in Speichersdorf.....	S.16

CSU-KOMMUNALKONFERENZ MIT STAATSMINISTER JOACHIM HERRMANN MDL

Verkehrsinfrastruktur steht im Mittelpunkt

Der Erhalt und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Oberfranken soll auch in den kommenden Jahren im Mittelpunkt der Politik von Bund und Freistaat stehen. „Lebenswerte, lebendige Städte und Gemeinden brauchen gute Arbeitsplätze und gute Infrastruktur“, sagte der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann MdL bei einer Kommunalkonferenz in Altenplos im Landkreis Bayreuth. Hintergrund ist, dass nicht nur der Personenverkehr weiter zunimmt, sondern auch der Güterverkehr laut aktueller bayerischer Güterverkehrsprognose in den kommenden zehn Jahren um bis zu 50 Prozent ansteigen soll. Einen besonderen Schwerpunkt möchte der Innenminister auf den nachträglichen Anbau von Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen legen. Konkret nannte er den Bau von Radwegen entlang der Bundesstraße B 22 Bayreuth-Kemnath, der B 470 Behringersmühle-Pottenstein in der Fränkischen Schweiz sowie der Staatsstraße 2181 Fichtelberg-Brand und der Staats-



straße 2191 Waischenfeld-Doos. Herrmann wiederholte bei der Kommunalkonferenz aber auch die dringlichste Forderung für die Schiene, die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale zwischen Nürnberg über Marktredwitz nach Hof unter Einbeziehung Bayreuths. Die Aufnahme der Vorplanung für die Strecke zwischen Nürnberg und Marktredwitz sei vom Bund bereits zugesagt worden. Wenn das Ganze fertig sei, dann sollen auch wieder stündlich durchgängig Züge von Nürnberg nach Dresden rollen, sagte der Minister und unterstrich dabei die deutschlandweite Bedeutung der Strecke. Mit der Kommunalkonferenz möchte die CSU als stärkste politische Kraft im Landkreis Bayreuth die

Weichen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte stellen, sagte der Vorsitzende des CSU-Kreisverbandes Bayreuth-Land, Hartmut Koschyk MdB. Aus seiner ehemaligen Arbeit im Petitionsausschuss des Bundestages wisse er, dass für eine Ortsumgehung oft genauso viele Unterschriften vorliegen, wie dagegen. Hier gelte es, sämtliche Interessen sorgsam abzuwägen. Dies werde im Fall von Heinersreuth/Altenplos nicht anders sein. Nach den Worten von Bürgermeisterin Simone Kirschner fahren jeden Tag 16.000 Autos auf der B 85 durch den Ort. Kein Wunder, dass die meisten Menschen Heinersreuth und Altenplos nur vom Durchfahren kennen. *Das Bild zeigt von links: Stellv. Landrätin Christa Reinert-Heinz, Landrat Hermann Hübner, Bürgermeisterin Simone Kirschner, Staatsminister Joachim Herrmann MdL, Gudrun Brendel-Fischer MdL, Hartmut Koschyk MdB, Kreisgeschäftsführerin Sabine Habla und der Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayreuther Kreistag Günter Dörfler.*

CSU SETZT SICH NACHHALTIG BEI ERBSCHAFTSSTEUERDEBATTE FÜR MITTELSTAND EIN

Mittelstand ist Rückgrat der Wirtschaft

Die CSU und der Bayerische Finanzminister Dr. Markus Söder haben eine mildere Reform der Erbschaftsteuer eingefordert. Dazu zählt, dass große Familienunternehmen bis zu einem Wert von 100 Millionen Euro wie bisher von der Steuer verschont werden und nicht von bis zu 20 Millionen Euro, wie von Bundesfinanzminister Schäuble angedacht. Die CSU kritisiert insbesondere auch den Vorschlag, Privatvermögen bei der Erbschaftsteuer anzurechnen. Die künftige Erbschafts-

steuer muss einerseits verfassungsfest, aber auch praktisch umsetzbar sein. Vor allem muss sie arbeitsplatz-erhaltend und arbeitsplatzfördernd ausgestaltet werden. Der CSU-Partei Vorstand hat einstimmig das Positionspapier „Faire Erbschaftsteuer – Erhalt von Arbeitsplätzen und Familienunternehmen“ beschlossen. In ihrem Positionspapier zur Erbschaftsteuer legt die CSU einen 5-Punkte-Plan vor. Darin fordert die CSU, dass es vorrangiges Ziel sein muss, mittelständische und familiengeprägte Unternehmensstrukturen zu erhalten. Es wird eine volle Steuerbefreiung für Nachfolger familiengeprägter Unternehmen gefordert, wenn der Betrieb fortgeführt wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Auch soll es keine indirekte Vermögensteuer beim Betriebsübergang durch die Einbeziehung von vorhandenem Privatvermögen

in die Bedürfnisprüfung geben. Um kleine Unternehmen zu schützen fordert die CSU ein Festhalten an der Beschäftigtenzahl als Kriterium für die Befreiung vom Lohnsummennachweis („Bagatellregelung“). Ebenfalls darf im Zuge der Erbschaftsteuerreform keine Belastung für mittelständische Unternehmen durch zusätzliche Bürokratie entstehen. Die CSU fordert daher einen Abzug sämtlicher Schulden vom Verwaltungsvermögen plus 100 %-Verschonung des begünstigten Unternehmensvermögens. Neben der Ertragshoheit soll zudem auch die Gesetzgebungshoheit zumindest teilweise auf die Länder übertragen werden. Durch eine Änderung der Finanzverfassung sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, vom Bundesgesetz abweichend die Höhe der persönlichen Freibeträge und Steuersätze zu beschließen.



GESPRÄCH MIT UNIVERSITÄTSLEITUNG

Intensiver Austausch

Die Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer MdL (2. v. r.), Martin Schöffel MdL (rechts) und Hartmut Koschyk MdB (links) tauschten sich mit dem Präsidenten der Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan Leible (Mitte), und dem Kanzler der Universität Bayreuth, Dr. Markus Zanner (2. v. l.), über aktuelle Themen der Universität Bayreuth aus. Bei diesem Treffen lag der Fokus der Beratungen vor allem auf dem Nutzungskonzept des Schneebbergs als Forschungsinstitut sowie dem Institut für Fränkische Landesgeschichte und damit verbunden der weiteren Nutzung des Schlosses Thurnau.



KULTRADIO.FM GESTARTET

Medienmetropole

Unter dem Namen Kultradio ist im Februar der neue Radiosender Kultradio.fm ans Netz gegangen. Nach den Worten von Geschäftsführer Peter Maisel (links) aus Bayreuth ist Kultradio der einzige private Radiosender, der bayernweit zu empfangen ist und der in Franken seinen Sitz hat. Kultradio.fm sendet terrestrisch über den Übertragungsstandard DAB+ in ganz Bayern und sogar in Teilen der Schweiz sowie weltweit im Internet unter www.kultradio.fm. Gesellschafter sind jeweils zu 50 Prozent die neu gegründete TMT Broadcast, vertreten durch Peter Maisel, sowie Stefanie und Andreas Enders. Beim Sendestart waren auch Universitätspräsident Prof. Dr. Stefan Leible (2. v. l.), Landrat Hermann Hübner (3. v. l.) und Hartmut Koschyk MdB (stehend ganz rechts) dabei.



SITUATION DER SINTI UND ROMA IN BAYREUTH

Schwellenangst raubt Zukunftsperspektive

Bayreuths Sinti und Roma befürchten, vor dem Hintergrund der aktuellen Flucht- und Asylproblematik ins Abseits zu geraten. Bei einem Runden Tisch berichtete Joey Wiegand vom Verband der Sinti und Roma von zahlreichen Jugendlichen, die ohne Chance auf Ausbildung die Schule verlassen hätten. „Wir brauchen gezielte Maßnahmen in Richtung Ausbildung“, sagte Wiegand. Er räumte ein, dass viele Jugendliche aufgrund schlechter Erfahrungen mit Behörden gar nicht mehr zur Arbeitsagentur gingen und sich mit einem Leben als Hartz-IV-Bezieher abgefunden hätten. Somit hätten sie keinerlei Zukunftsperspektive. „Doch unsere Leute sind handwerklich begabt“, so Wiegand, der sich die Einrichtung einer Werkstatt unter Trägerschaft eines Sozialverbandes als niederschwelliges Projekt vorstellen könnte. In München und Nürnberg habe die Diakonie derartige Projekte mit Erfolg ins Leben gerufen, bei der die Jugendlichen nach einem Jahr Beschäftigung eine „normale“ Ausbildung beginnen könnten. So könnte man jungen Leuten auch das



Gefühl geben, dass sie wichtig sind und gebraucht werden. „Wir benötigen in Zukunft jeden und können es uns nicht leisten, Jugendliche im Abseits stehen zu lassen“, sagte Hartmut Koschyk MdB vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des drohenden Fachkräftemangels. Allerdings bedürfe es auch gewisser Anstrengungen der Jugendlichen, wenn sie auf dem normalen Bildungsweg nicht zum gewünschten Ziel kämen. Koschyk erinnerte daran, dass Sinti und Roma neben der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und den Sorben zu den anerkannten nationalen Minderheiten gehören. Sinti und Roma

seien damit keineswegs eine Problemgruppe, sondern eine geschützte gesellschaftliche Gruppe, die seit 500 Jahren in Europa lebt und der während der Nazi-Diktatur ein unvorstellbares Schicksal zuteil wurde. In Bayreuth gibt es rund 40 Sinti-Familien mit etwa 30 Jugendlichen zwischen zehn und 25 Jahren. Das Bild zeigt von links nach rechts: der Leiter der Arbeitsagentur Bayreuth/Hof Sebastian Peine, der Integrationsbeauftragte der Stadt Bayreuth Gerhard Eggert, Joey Wiegand vom Verband der Sinti und Roma, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, HWK-Ausbildungsakquisiteur Peter Liewald und Stadtrat Christian Wedlich.

ELEKTRIFIZIERUNG DER FRANKEN-SACHSEN-MAGISTRALE

„Staatsvertrag muss eingehalten werden!“

Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale war erneut Thema bei einem deutsch-tschechischen Eisenbahnsymposium in Marktredwitz und ist dort intensiv mit rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert worden. An den Gesprächen waren Vertreter von Bund, Deutscher Bahn AG, EU-Kommission und den betroffenen Regionen und Kommunen aus Böhmen, Sachsen und Bayern beteiligt – so unter anderem der Vorstand Infrastruktur und Dienstleistungen der Deutschen Bahn AG, Dr. Ing. Volker Kefer, und Cesare Bernabei, Vertreter der EU-Kommission Generaldirektion Verkehr. Im Nachgang zu diesem Bahnsymposium hat sich der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk an den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer MdL, den Bayerischen Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann MdL, den Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt MdB und den

Bahnchef Dr. Rüdiger Grube gewandt und vehement die zügige Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale mit Abzweig nach Bayreuth eingefordert. Koschyk wörtlich: „Sowohl das Potenzial des Güterverkehrs auf der elektrifizierten Franken-Sachsen-Magistrale, die bessere Anbindung für den Personenverkehr Richtung Tschechien, die zu erwartenden Fördermittel der Europäischen Union und damit verbunden der Ausbau des europäischen Kernnetzes, den alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen haben sowie ein bestehender Staatsvertrag, der von tschechischer Seite bereits gänzlich erfüllt ist, stellen nach meiner Auffassung genug Gründe dar, die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale in den „vordringlichen Bedarf plus“ aufzunehmen, um rasch die staatsvertraglichen Verpflichtungen einzuhalten. Nach meiner Auffassung wird das große Güterverkehrspotenzial

zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik auf der Franken-Sachsen-Magistrale bei weitem nicht ausreichend abgebildet. Ebenso wird missachtet, dass seit 20 Jahren ein Staatsvertrag zur Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Nürnberg – Prag besteht. Die tschechischen Partner haben ihren Teil der Vereinbarung mit der Modernisierung bereits 2012 erfüllt. Die tschechische Staatsregierung erwartet nun von der deutschen Seite zurecht die Einhaltung des Vertrages.



STROM AUF DER BAHNTRASSE

Modellcharakter

Die oberfränkische Wirtschaft steht dem Projekt Bahnstrom positiv gegenüber. „Es wäre ein Vorhaben mit Modellcharakter“, sagte der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer für Oberfranken, Michael Möschel, aus Kulmbach bei einem Gespräch mit Hartmut Koschyk MdB. Koschyk hatte zuvor eine Studie der Leibniz-Universität Hannover sowie der Technischen Universitäten Dresden und Clausthal vorgestellt. Alle drei Hochschulen halten es für machbar, für den Stromtransport elektrifizierte Bahntrassen zu nutzen. *Das Bild zeigt von links: Stellv. IHK-Hauptgeschäftsführer Wolfram Brehm, Klaus-Jochen Weidner (Wirtschaftsförderung der Stadt Hof), Martin Schneider (Verband der Bauindustrie), Stadtrat Christian Wedlich, Hartmut Koschyk MdB, IHK-Vizepräsident Oliver Gießübel, Günther Finzel (Wirtschaftsreferat der Stadt Bayreuth), IHK-Vizepräsident Michael Möschel.*



KREISTAGSBESCHLUSS

Vorschlag kommt an



Im Vorfeld des Koalitionsausschusses hat sich Hartmut Koschyk MdB erneut an Ministerpräsident Horst Seehofer MdL gewandt. Dabei machte Koschyk deutlich: „Der Vorsitzende der Geschäftsführung des Netzbetreibers 50Hertz, Boris Schucht, hat im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vorgeschlagen, im Zuge des Netzausbaus auch die Bündelung mit bestehenden Strom-, Bahn- oder Autobahntrassen in Betracht zu ziehen. Hierzu zählt für den Vorsitzenden der Geschäftsführung Schucht ganz speziell die Möglichkeit, bereits existierende Stromtrassen im herkömmlichen Wechselstromnetz zu nutzen, um zusätzlich auch Gleichstrom zu transportieren. Die gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gemachten Kompromissvorschläge des Vorsitzenden der Geschäftsführung Schucht verdeutlichen, dass die Netzanbieter sich endlich dazu bereit erklären, eine Bündelung vorhandener Stromtrassen zu akzeptieren und auch eine Einbeziehung des Bahnstromnetzes in ihre Überlegungen mit einzubeziehen.“

DEUTSCH-POLNISCHE FUSSBALLSCHULE

Sprache durch Fußball



Hartmut Koschyk MdB ist im Herbst letzten Jahres mit dem Projektverantwortlichen Rafael Nocon, Vorstandsmitglied der Deutschen Bildungsgesellschaft in Oppeln und dem Präsidenten des Niedersächsischen Fußballverbandes (NFV), Karl Rothmund, zur Förderung der Nachwuchsarbeit in polnischen Fußballvereinen für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter zusammengetroffen. Nur einige Monate später startete die Initiative „Fußballtraining + Deutschunterricht“: Dabei beschreitet Nocon als Angehöriger der deutschen Minderheit und Fußballfan neue Wege. Von seiner Idee konnte Nocon auch die Verantwortlichen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), des NFV und des Goethe Instituts überzeugen. *Das Bild zeigt von links: Norbert Rasch, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, Hartmut Koschyk MdB, Ina Goecke, Bundesinnenministerium, Karl Rothmund und Rafael Nocon.*

DEUTSCH-POLNISCHER RUNDER TISCH

Neue Dynamik

Im Februar dieses Jahres kam der Runde Tisch zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland in Warschau zusammen. Das klare Signal der Verhandlungen: Beide Regierungen arbeiten mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen partnerschaftlich zusammen und stärken sie in ihrer Brückenfunktion zwischen Deutschland und Polen. *Das Bild zeigt von links: Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen, Rolf Nikel, Hartmut Koschyk MdB, Parl. Staatssekretär Dr. Günter Krings, Staatssekretär des Ministerpräsidenten Polens Władysław Bartoszewski, Minister für Verwaltung und Digitalisierung Andrzej Halicki, Staatsuntersekretärin für Parlamentarische Fragen Henryka Mościcka-Dendys und Stanisław Huskowski, Staatssekretär im Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung.*



BAYREUTHER FASTENESSEN 2015 MIT BUNDESMINISTER CHRISTIAN SCHMIDT MDB

1.700 Euro für die Dorfhelferinnenstation

Alles, was mit Nahrungsmitteln und Ernährung zu tun hat, sollen Kinder künftig schon von klein auf in Kindergarten und Schule lernen. „Ernährungsbildung und Ernährungserziehung werde ich in Zukunft noch stärker in den Mittelpunkt stellen“, kündigte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt MdB beim Fastenessen von Hartmut Koschyk MdB eine entsprechende Initiative an. Es könne nicht sein, dass im Schnitt 82 Kilogramm Lebensmittel pro Kopf und Jahr im Müll landen. Das ist einfach nicht akzeptabel, sagte Schmidt. Der Minister sprach auch von einer konservativen, christlichen Einstellung, wenn jungen Leuten die Wertigkeit von Lebensmitteln beigebracht werden soll. Lebensmittel wertschätzen, darüber sollten wir uns Gedanken machen, so Schmidt. Etwas Gutes bedeutete diesmal, dass alle Teilnehmer zusammen

1.700 Euro für eine Fastenspeise spendeten. Sie bestand diesmal aus einer fränkischen Kartoffelsuppe, die von Christa Ziegler und Doris Roßner vom Bayreuther Bäuerinnen Partyservice traditionell zubereitet wurde. Möglich wurde das Fastenessen durch das Engagement der folgenden Unternehmen: der Buchauer Holzofenbäckerei, der Brauerei Gebrüder Maisel, dem Reha Team, der Textilreinigung Wild und dem Blumen-großhandel Hübner in Heinersreuth. Sie alle hatten die Kosten der Veranstaltung durch Geld- und Sachspenden übernommen und damit ermöglicht, dass der Reinerlös der Dorfhelferinnenstation in vollem

Umfang überwiesen werden kann. Umrahmt wurde das Fastenessen von Auftritten des St.-Thomas-Chors aus Trockau unter der Leitung von Ottmar Schmitt. *Das Bild zeigt von links: Hartmut Koschyk MdB, Katrin Lang (Kreisbäuerin), Matthias Roder (2. Vorsitzender des Maschinen- und Betriebshilfsrings Bayreuth-Pegnitz e. V.), Christian Schmidt MdB und Nina Hofmann (Dorfhelferinnenstation Creußen/Pegnitz).*



TREFFEN MIT AUSSENMINISTER DER UKRAINE

Guter Austausch



Im Rahmen der diesjährigen Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in Wildbad Kreuth hat Hartmut Koschyk MdB den Außenminister der Ukraine, Pavlo Klimkin (*links*), getroffen. Vor seiner Berufung zum Außenminister der Ukraine war Klimkin lange als Diplomat in Bonn und Berlin tätig. Zuletzt war Klimkin Botschafter seines Landes in Deutschland und es kam zu zahlreichen Begegnungen mit Bundesbeauftragtem Koschyk, bei denen man sich u. a. über die Anliegen der Deutschen Minderheit in der Ukraine austauschte. Thema des Gespräches zwischen Koschyk und Klimkin war die Wiedereinsetzung der „Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission in Angelegenheiten der in der Ukraine lebenden Personen deutscher Abstammung“. Bereits 1997 wurde das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der in der Ukraine lebenden Personen deutscher Abstammung geschlossen.

BUNDESTAGSPRÄSIDENT IN DER UKRAINE

Wichtiger Besuch



Der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB (*Bildmitte*), war zu einem offiziellen Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Er wurde vom Vorsitzenden der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Karl-Georg Wellmann MdB, begleitet. Am Kiewer Flughafen Boryspil wurde der Bundestagspräsident von Botschafter Dr. Christof Weil, Militärattaché Oberst i.G. Christian Farkhondeh und Oberstleutnant der Reserve Hartmut Koschyk MdB (*im Vordergrund rechts*) begrüßt. Der deutsche Parlamentspräsident ist in Kiew mit dem ukrainischen Parlamentspräsidenten Wolodymyr Hroismann, weiteren Parlamentsabgeordneten, Staatspräsident Petro Poroschenko, Premierminister Arseni Jazenjuk, Vertretern der Religionsgemeinschaften, den Vertretern der Politischen Stiftungen aus Deutschland, dem Leiter der OSZE-Mission und dem Vertreter des IWF in der Ukraine zusammengetroffen.

KOSCHYK ABSOLVIERTERESERVEDIENSTLEISTUNG IM MILITÄRATTACHÉSTAB

In bewegter Zeit als Militärattaché in Kiew



Hartmut Koschyk MdB hat vom 9. bis 20. Februar 2015 im Militärattachéstab der Deutschen Botschaft in Kiew in der Ukraine eine "Reservendienstleistung" im Rahmen der deutschen Militärattachéreserve absolviert. Bereits im April vergangenen Jahres hatte Koschyk, der Oberstleutnant der Reserve ist, eine Wehrübung im deutschen Militärattachéstab in Peking abgeleistet und in diesem Rahmen

auch Streitkräfte-Einrichtungen in der Mongolischen Republik besucht. Der Deutsche Militärattachédienst repräsentiert im Rahmen des Auswärtigen Dienstes das Bundesministerium der Verteidigung gegenüber den Regierungen anderer Staaten. Aufgabe der Militärattachés ist es unter anderem, an den deutschen Auslandsvertretungen die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik wahrzunehmen. Gerade in Bezug auf die Lagebearbeitung zu Krisen und Konflikten war und ist die Zusammenarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung mit dessen Militärattachés von herausragender Bedeutung. Sie sind vor Ort und können eigene Eindrücke und Erkenntnisse umsetzen und in entsprechender Berichterstattung verarbeiten. Deutsche Militärattachés sind Stabsoffi-

ziere, die vom Bundesministerium der Verteidigung zum Auswärtigen Amt abgeordnet und an eine Deutsche Botschaft entsandt werden. Sie haben in ihrem Gastland diplomatischen Status. *Das Bild links zeigt: Oberstleutnant der Reserve Hartmut Koschyk MdB mit Oberst i.G. Christian Farkhondeh und Hauptfeldwebel Dennis Herbold im deutschen Militärattaché-Stab an der Deutschen Botschaft in Kiew. Das Bild unten zeigt die Deutsche Botschaft in Kiew.*



KLIMAPARTNERSCHAFT DER STADT GOLDKRONACH MIT FALAN (KOLUMBIEN)

Klimapartnerschaft nimmt Formen an



Die Stadt Goldkronach hat eine Klimapartnerschaft mit Falan im Department Tolima in Kolumbien geschlossen. In enger Kooperation zwischen der Stadt Goldkronach, dem Alexander von Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach e. V., der Uni-

versität Bayreuth und der Stadt Falan wird in den nächsten Monaten ein enger Austausch über mögliche Projekte beginnen und ein Handlungsprogramm ausgearbeitet. Die Kooperation mit der Universität Bayreuth wurde nun bei einem Gespräch zwischen Prof. Eberhard Rothfuß (Lehrstuhl für Sozial- und Bevölkerungsgeografie an der Universität Bayreuth), Bürgermeister Holger Bär, Hartmut Koschyk MdB sowie den beiden Vertretern der Klimapartnerschaft in den Netzwerktreffen des Entwicklungsministeriums Stadtrat Roland Musiol und Patrick Lindthaler

weiter vertieft. Vereinbart wurde, dass die Entstehung des Handlungsprogrammes durch eine Masterarbeit auf kolumbianischer und deutscher Seite begleitet wird, um so wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, die bei der weiteren Zusammenarbeit als Grundlage dienen werden. Der Grundgedanke des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ ist es, die fachliche Zusammenarbeit deutscher Städte mit Kommunen im globalen Süden in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zu stärken. Der Klimaschutz soll systematisch in die bestehende kommunale Partnerschaftsarbeit integriert werden. *Das Bild zeigt von rechts nach links: Hartmut Koschyk MdB, Prof. Eberhard Rothfuß (Universität Bayreuth), Bürgermeister Holger Bär, Stadtrat Roland Musiol und Patrick Lindthaler.*

HUMBOLDT-STIPENDIATEN

Zusage für 2015



Auch in diesem Jahr werden zum fünften Mal Stipendiaten der Alexander von Humboldt-Stiftung Goldkronach und die Stadt Bayreuth besuchen. Dies vereinbarte Hartmut Koschyk MdB (*links*) mit dem Präsidenten der internationalen Alexander von Humboldt-Stiftung, Prof. Dr. Helmut Schwarz (*Bildmitte*), der bereits vor einigen Jahren als Hauptredner des Humboldt-Tages die Stadt Goldkronach besuchte, im Beisein des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Stefan Müller MdB (*rechts*), anlässlich des Neujahrsempfanges der Alexander von Humboldt-Stiftung in Berlin. Neben dem Besuch der Stipendiaten findet auch im Jahr 2015 in Kooperation mit der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Universität Bayreuth die Kosmos-Vorlesung statt. Referent in diesem Jahr ist der Humboldt-Forschungspreisträger Dr. Vladimir Salač, der zum Thema „Raum und Geschwindigkeit in der Vorgeschichte“ spricht.

INNENMINISTER ÜBERNIMMT SCHIRMHERRSCHAFT

Ehre für Goldkronach

Der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann MdL (*Bildmitte*), übernimmt die Schirmherrschaft der Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag der Stadterhebung der Stadt Goldkronach. Bürgermeister Holger Bär (*links*) hat, mit Unterstützung von Hartmut Koschyk MdB (*rechts*), Herrmann hierzu anlässlich der CSU-Kommunalkonferenz in Heinersreuth eingeladen. Herrmann übernimmt nicht nur die Schirmherrschaft, sondern wird im Rahmen dieser auch die Stadt Goldkronach besuchen. Am Samstag, 12. September 2015 wird Joachim Herrmann anlässlich des Humboldt-Tages in der Evangelischen Stadtkirche Goldkronach sprechen und an der Veranstaltung „Rosige Zeiten mit Alexander von Humboldt“ teilnehmen. Koschyk dankte Herrmann ausdrücklich für dessen Bereitschaft und machte deutlich: „Die Zusage des ‚Kommunalministers‘, die Schirmherrschaft zu übernehmen, ist eine große Ehre für die Stadt Goldkronach.“



APOSTOLISCHER NUNTIUS EMPFÄNGT HARTMUT KOSCHYK

Anerkennung für die seelsorgerische Arbeit

Der Apostolische Nuntius in Berlin, S.E. Erzbischof Dr. Nikola Eterović (*rechts*), hat Hartmut Koschyk MdB (*links*) zu einem Gespräch in der Nuntiatur empfangen. Erzbischof Dr. Eterović stammt aus Kroatien und ist seit September 2013 Vertreter des Heiligen Stuhls in der Bundesrepublik Deutschland. Koschyk stellte dem Nuntius die Politik der Bundesregierung gegenüber den in Deutschland seit alters her ansässigen nationalen Minderheiten vor, die sich unter anderem in der Einrichtung von Beratenden Ausschüssen manifestiert, in denen unter Vorsitz des Bundesbeauftragten Vertreter der jeweiligen nationalen Minderheit, der Bundesregierung und des Bundestages sowie der betroffenen Bundesländer gemeinsam die anstehenden Fragen erörtern. Koschyk hob gegenüber dem Nuntius die bedeutende Rolle der kirchlichen Minderheiten- und Aussiedlerpastoral hervor, wie sie in Deutschland von katholischer

und evangelischer Kirche angeboten wird. Der Bundesbeauftragte äußerte sich auch anerkennend über die seelsorgerische Arbeit der katholischen Kirche für die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Er selbst hat im letzten Jahr an der großen Minderheitenwallfahrt der Diözese Opatowitz auf den Sankt Annaberg teilgenommen. Für die grundsätzliche Erkenntnis, dass Heimat, Identität und Glaube in einem fruchtbaren Dreiklang stehen sollten, habe er in der Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum Weltfriedenstag 1989 „Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten!“ eine gleichermaßen theologische wie auch politisch-philosophische fundierte Bestätigung gefunden. Erzbischof Dr. Eterović bekräftigte, dass die Frage religiöser und ethnischer Minderheiten nach wie vor zu den Prioritäten des Heiligen Stuhls zählen. Gerade in jüngster Zeit

seien vom Vatikan wichtige Impulse ausgegangen, so etwa durch ein Schreiben von Papst Franziskus an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zur Lage der Christen im Nordirak, die dort eine zweitausendjährige Kultur vertreten.



BESUCH IN MARIA LAACH

Dank für Einsatz

Hartmut Koschyk MdB hat bei einem Besuch der Benediktiner-Abtei Maria Laach den Einsatz der Ordensgemeinschaft und der Kölner Obdachlosen-Initiative „Kellerladen“ für das Roma-Lager Habeš in Sečovce in der Slowakei gewürdigt und sagte seine weitere nachhaltige Unterstützung für das Projekt zu. Koschyk war durch den Präsidenten des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, Romani Rose, auf dieses beispielgebende Projekt aufmerksam gemacht worden. Bei seinem Besuch in der Slowakei im November vergangenen Jahres hat der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten die Habeš-Siedlung besucht. Dabei wurde er von Frater Lukas Ruegenberg von der Benediktiner-Abtei Maria Laach und den Vorstandsmitgliedern des Vereins „Kellerladen“ Sabine von Klösterlein und Michael Lingenthal begleitet.



ALBERT-SCHWEITZER-HOSPIZ

Wärme schenken

Glühwein in allen Varianten, rot, weiß, alkoholfrei und mit Apfelgeschmack, hat Hartmut Koschyk MdB zu Gunsten des Albert-Schweitzer Hospizes ausgeschenkt. Im Winterdorf von Dieter Reil im Ehrenhof des Alten Schlosses erklärte sich Koschyk eine Stunde lang bereit, tatkräftig mitzuhelfen und so Spendengelder für den guten Zweck einzutreiben. Von jeder in der „Guten-Zweck-Hütte“ verkauften Tasse Glühwein zweigt Winterdorf-Betreiber Reil, wie schon in den vergangenen Jahren, 50 Cent für das Hospiz ab. Zusätzlich waren Spendenboxen aufgestellt, mit denen Reil für das Hospiz sammelte. *Das Bild zeigt von links: Hartmut Koschyk MdB, Heide Vogel vom Bayreuther Winterdorf sowie Angelika Eck und Stefanie Hellbach vom Albert-Schweitzer-Hospiz.*



LANDRAT DER SÜDKOREANISCHEN PARTNERPROVINZ GOSEONG IN BAYREUTH

Partnerschaft wird weiter vertieft



Südkorea hat die Wiedervereinigung mit dem Norden des Landes fest im Blick. Beim Antrittsbesuch des neuen Landrates von Goseong, Yoon Seung-Keun, des Kreistagsvorsitzenden Kim Hyung-Sil und einer Delegation aus Goseong drückte der neue Landkreischef aus Südkorea die Hoffnung aus, dass sein Landkreis modellhaft für die Wiedervereinigung Koreas stehen könnte. „Hier könnten alle

wesentlichen Vorbereitungen getroffen werden“, sagte er. Allerdings gebe es derzeit keine Verbindung zu seinem Amtskollegen in Nordkorea. Mit Repräsentanten des südkoreanischen Landkreises Goseong finden seit mehr als fünf Jahren regelmäßig Kooperations-treffen in Deutschland und Südkorea statt. 2011 wurden eine Vereinbarung zum bilateralen Austausch sowie eine Klimaschutzpartnerschaft unterzeichnet. Seit 2007 gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Regierung von Oberfranken und der Gangwon-Provinz. Vermittelt wurden die Kooperationen zu Oberfranken und dem Landkreis Bayreuth durch die in Korea sehr aktive Hanns-Seidel-Stiftung und

deren Korea-Repräsentanten, Herrn Dr. Bernhard Seliger, sowie deren Projektleiter, Herrn Kim Young-Soo. Durch die Vermittlung der Hanns-Seidel-Stiftung haben bereits zahlreiche Spitzenrepräsentanten der Gangwon-Provinz sowie des Landkreises Goseong mehrfach Oberfranken besucht. Koschyk und Landrat Hübner hoben bei ihrem Treffen mit der Delegation aus dem Landkreis Goseong die große Bedeutung hervor, die der gegenseitigen Kooperation zukomme und dankten dem neuen Landrat von Goseong, Yoon Seung-Keun, dem Kreistagsvorsitzenden Kim Hyung-Sil und den weiteren Delegationsteilnehmern aus Goseong für die andauernde gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. *Das Bild zeigt: den Landrat von Goseong, Yoon Seung-Keun (2. v. r.) und der Kreistagsvorsitzende Kim Hyung-Sil (2. v. l.) gemeinsam mit Hartmut Koschyk MdB (links) und Landrat, Hermann Hübner (rechts).*

TREFFEN MIT BUNDESMINISTER A. D. RÖSLER

Gute Gespräche

Der Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Deutsch-Koreanischen Forums, Hartmut Koschyk MdB (*rechts*), hat in Berlin den ehemaligen FDP-Parteivorsitzenden, Bundesminister a. D. Philipp Rösler (*links*), getroffen. Rösler ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Weltwirtschaftsforums in der Schweiz. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel und im nordostasiatischen Umfeld. Koschyk und Rösler waren sich einig, dass die Europäische Union und Deutschland für den Prozess von friedlicher Annäherung, Entspannung und Zusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien einen wichtigen Beitrag leisten kann.



GESPRÄCHE MIT FRAUNHOFER-INSTITUT

Kooperationspartner

Der Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe und Ko-Vorsitzende des Deutsch-Koreanischen Forums, Hartmut Koschyk MdB (*Mitte*), hat sich in Berlin mit dem Repräsentanten des Fraunhofer Instituts in der Republik Korea, Joochan Kim (*links*) und dem Leiter des Geschäftsfelds Innovative Produktionssysteme und Wertschöpfungsnetzwerke des Fraunhofer Instituts in Karlsruhe, Dr. Christoph Zanker (*rechts*), getroffen. Im Mittelpunkt des Gespräches stand eine aktive Mitwirkung des Fraunhofer Instituts beim 14. Deutsch-Koreanischen Forum, dessen deutscher Ko-Vorsitzender Bundesbeauftragter Koschyk ist und das vom 15. bis 17. Juli 2015 in Rostock stattfinden wird.



INSTITUTE FOR PEACE AFFAIRS (IPA)

Wiedervereinigung

Das „Institute for Peace Affairs“ (IPA), eine der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Bereich der Wiedervereinigung in Südkorea, das vor 30 Jahren gegründet wurde, führte eine Wiedervereinigungsstudienreise zum Thema „Die deutschen Einheitsenerfahrungen und die koreanischen Vorbereitungen auf die Wiedervereinigung“ unter der organisatorischen Federführung der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea durch. Geleitet wurde die Studiengruppe vom ehemaligen IPA-Geschäftsführer, Herrn Kim, Myung-Soo. Betreut wurde die Studiengruppe vom Projektmanager der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea, Herrn Kim Young-Soo. An der Studienreise nahmen auch zahlreiche Journalisten teil. Im Anschluss an den Besuch im Deutschen Bundestag hat sich die Studiengruppe mit Hartmut Koschyk MdB zu einem Gespräch getroffen.



DEUTSCH-KOREANISCHER JUGENDAUSTAUSCH

Intensivierung wichtig



Der Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe, Hartmut Koschyk MdB (*rechts*), hat sich in Berlin mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks MdB (*2. v. r.*), dem früheren deutschen Botschafter in der Republik Korea und ehemaligen Präsidenten der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Michael Geier (*links*) und der Generalsekretärin der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Henriette Stockert (*2. v. l.*), getroffen. Im Zentrum des Gespräches stand eine Intensivierung des deutsch-koreanischen Jugendaustausches, für das sich Koschyk und die Deutsch-Koreanische Gesellschaft einsetzen. In dem Gespräch verwies Koschyk auf die zurückliegenden Entschließungsanträge des Deutschen Bundestages, in denen eine Intensivierung des Jugendaustausches gefordert wurde. Auch hat das Deutsch-Koreanische Forum in seinen zurückliegenden Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs beider Länder für eine Intensivierung des deutsch-koreanischen Jugendaustausches geworben.

DEUTSCH-KOREANISCHES BERATERGREMIIUM ZU AUSSENPOLITISCHEN FRAGEN DER WIEDERVEREINIGUNG

Wichtiger Austausch über Erfahrungen



Im Auswärtigen Amt in Berlin fand im Februar die 2. Sitzung des „Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ statt, die auf deutscher Seite vom Vorsitzenden der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Hartmut Koschyk MdB und auf koreanischer Seite vom ehemaligen südkoreanischen Außenminister Han Sung-joo geleitet wurde. Die aus je sieben Experten

aus beiden Ländern bestehende Kommission soll auf Wunsch der südkoreanischen Regierung Empfehlungen erarbeiten, welche Erfahrungen der außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung auf die Situation auf der koreanischen Halbinsel und deren nordostasiatischem Umfeld übertragen werden können. Ende Oktober vergangenen Jahres hatte sich das Beratergremium in Seoul im Beisein der beiden Außenminister Deutschlands und Südkoreas konstituiert. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und sein südkoreanischer Amtskollege Yun Byong-se haben zum Abschluss der Beratung des Expertengremiums einen Bericht über den Verlauf der 2. Sitzung des Gremiums entgegengenommen, das sich mit Fragen der Vertrauensbildung im Prozess des deutschen und

europäischen Einigungsprozesses sowie dem „2+4-Vertrag“ und dessen Zustandekommens sowie Folgewirkungen beschäftigte, verbunden mit der Frage, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die koreanische Halbinsel und Nordostasien ableiten lassen. *Das Bild links zeigt von rechts: Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mit den beiden Ko-Vorsitzenden Hartmut Koschyk MdB und Außenminister a. D. Han Sung-joo. Das Bild unten zeigt einen Blick in den Tagungssaal.*



GESETZ ZUR BESSEREN VEREINBARKEIT VON FAMILIE, PFLEGE UND BERUF

Flexibilität für Familien bei häuslicher Pflege

Mit der Weiterentwicklung der Familienpflegezeit verbessert die unionsgeführte Bundesregierung das Angebot für alle, die ihre Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen wollen. Für CDU und CSU ist die stärkere Anerkennung und Entlastung derer, die zu Hause die Pflege eines nahen Angehörigen übernehmen, ein zentraler Punkt einer zukunftsgerichteten Familienpolitik. Mit den Ausweitungen und Koppelungen der Rechtsansprüche auf Arbeitszeitreduzierung und den Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Darlehen sowohl während der Pflegezeit als auch während der Familienpflegezeit setzen wir neue Standards der Unterstützung. Die zehntägige Erwerbs-Auszeit für die Organisation der Pflege in einer akuten Pflegesituation wird mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt. Die bereits bestehenden



Möglichkeiten der sechsmonatigen Pflege und der bis zu 24-monatigen Familienpflege werden angepasst und enger zusammengeführt. Auch die Betreuung von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen in einer Einrichtung über sechs Monate wird kommen. Damit tragen wir der besonders schwierigen Situation pflegebedürftiger Kinder Rechnung. Das verbesserte Familienpflegezeitgesetz erreicht viele Menschen, denen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bislang sehr schwer fiel. Ab 1. Januar

2015 haben Angehörige von pflegebedürftigen nun einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Der Rechtsanspruch besteht gegenüber Arbeitgebern, die mehr als 25 Mitarbeiter haben. Die Angehörigen können bis zu 24 Monate lang ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren und ein zinsloses Darlehen zur Bewältigung ihres Lebensunterhalts erhalten. Was CDU und CSU in diesem Zusammenhang besonders wichtig war, ist die zuletzt erreichte Klarstellung. Diese sieht vor, dass bei einem wechselnden Krankheits- oder Pflegeverlauf von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen ein Wechsel zwischen der häuslichen Pflege und der außerhäuslichen Betreuung jederzeit möglich ist, ohne dass z.B. Eltern die Möglichkeit genommen wird, eine Freistellung für die Gesamtdauer von 24 Monaten für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen.

INTERNATIONALE SCHULE BAYREUTH

Themen der Zukunft



Rund 50 Kinder besuchen aktuell die Internationale Schule in Schloss Thiergarten in Bayreuth. Beim Tag der offenen Tür machten sich zahlreiche Besucher ein Bild von der privaten Grundschule, ihrem bilingualen Profil, den Unterrichtsräumen im Schloss und dem großzügigen Außengelände. „Mehrsprachlichkeit, Internationalität und Interkulturalität, das sind die Themen der Zukunft“, sagte Hartmut Koschyk MdB bei einem Informationsbesuch. Als wesentliche Neuerung erwartete alle Besucher die für die schulische Nutzung optimal ausgebauten und sanierten Klassenzimmer und Gruppenräume im oberen Stockwerk. Die private Grundschule Schloss Thiergarten der International School Bayreuth, einer gemeinnützigen GmbH, steht unter der Trägerschaft der SeniVita, die bereits mehrere Schulen betreibt, und des Fördervereins International School Bayreuth e. V. Geschäftsführer ist Dr. Horst Wiesent (links).

LÄRMSCHUTZ FÜR BAD BERNECK

Grünes Licht



Schon 2016 soll die Bundesstraße B303 im Stadtbereich von Bad Berneck mit einem sogenannten lärmarmen Fahrbahnbelag ausgestattet werden. Das hat Innenstaatssekretär Gerhard Eck bei einem Ortstermin angekündigt. Konkret soll die angestrebte Verbesserung der Gehweg- und Querungssituation dazu genutzt werden, den „lärmschutzmindernden Belag bester Güte“ aufzubringen. Damit wird auch seine Zusage eines vorangegangenen Besprechungstermins zu diesem Thema eingelöst. In einem weiteren Schritt soll dann über zusätzliche mögliche Lärmschutzmaßnahmen nachgedacht werden. Das Arbeitstreffen mit Staatssekretär Eck wurde auf Initiative der Stimmkreisabgeordneten MdB Hartmut Koschyk und MdL Martin Schöffel zusammen mit der Bad Bernecker CSU-Stadtratsfraktion anberaumt. Kurt Schnabel vom Bauamt erläutert die aktuellen Planungen (von links): Stadtrat Klaus Sowada, MdL Martin Schöffel, Innenstaatssekretär Gerhard Eck, Stadtrat Christof Seidel, MdB Hartmut Koschyk, Stadtrat Hans Kreuzer und Landrat Hermann Hübner.

INFORMATIONSAFARTEN IN DIE BUNDESHAUPTSTADT BERLIN

Informationen aus erster Hand!

Auch in den vergangenen Monaten führte Hartmut Koschyk MdB verschiedene Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt Berlin durch. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises nutzten die Gelegenheit, um sich in Berlin aus erster Hand über die Arbeit von Hartmut Koschyk MdB zu informieren und in verschie-

denen Ministerien die Arbeit der Bundesregierung erläutert zu bekommen. Neben dem Besuch einer Plenarsitzung oder eines Informationsvortrages im Deutschen Bundestag besuchten die Besuchergruppen u. a. das Bundesministerium des Innern, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, den Sitz des Bundesnachrichten-

dienstes in Berlin, die Landesvertretung des Freistaates Bayern in Berlin und wurden bei Stadtführungen und Stadtrundfahrten über die Stadt Berlin informiert. Im Rahmen dieser Informationsbesuche haben die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Möglichkeit erhalten, die Bundeshauptstadt Berlin auf eigene Faust zu erkunden.



EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN DES POLITISCHEN ALLTAGS

Praktikanten berichten von ihren Eindrücken

Anna Maria Schrüfer, Studentin im Fachbereich Bildungsmanagement an der Universität Bamberg

Arno Logiezza, Student der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bayreuth:

Patrick Pietsch, Student der Politikwissenschaften und Philosophie an der Universität Kassel:

Im Rahmen der Jugendpolitischen Praxiswoche der Kolpingjugend Deutschland absolvierte ich ein einwöchiges Praktikum im Deutschen Bundestag.

Als Mitglied des Gemeinderates Aufsess fand ich es sehr aufschlussreich, unseren Bundestagsabgeordneten zu begleiten und dabei einen Eindruck vom Alltagsgeschäft eines Bundestagsabgeordneten zu bekommen.

Ebenfalls konnte ich tiefe Einblicke in die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages gewinnen und beim Blick hinter die Kulissen einige Erfahrungen sammeln..

Der Naturforscher Alexander von Humboldt schreibt in seinem Werk „Kosmos“, dass „dem späteren Wissen“ stets ein „frühes Ahnen“ vorausginge. An der Behauptung, neue Erfahrungen könnten nie überraschend sein, darf man zwar mit Fug und Recht zweifeln, für den Bericht über mein Praktikum im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk kommt mir dieses kleine Zitat aber gerade recht. (...) Während meines Praktikums hatte ich die Gelegenheit für ein kurzes Gespräch über die als exzellent ausgezeichnete „interdisziplinäre Afrikaforschung“ der Universität Bayreuth mit Bundesminister Gerhard Müller.

Studiert man Geistes- und Gesellschaftswissenschaften an einer Universität, spricht man in der Wissenschaft metaphorisch von einem „Elfenbeinturm“, in dem man sitzt und von oben herab auf den Alltag unserer Gesellschaft schaut. Ich sprang für vier Wochen aus diesem Turm und werde zukünftig gewiss mit einem etwas divergenten Urteil von ihm hinabblicken. (...) Das Fazit meines Praktikums: ich bin überhäuft von neuen und interessanten Eindrücken über die politische Arbeit des Deutschen Bundestages.

Ausführliche Berichte zu den drei Praktika können Sie unter www.koschyk.de lesen!



NEUWAHLEN DES CSU-KREISVERBANDS BAYREUTH-LAND

Koschyk gibt CSU-Kreisvorsitz ab

Bei der Jahreshauptversammlung des CSU-Ortsverbandes Goldkronach hat der CSU-Kreisvorsitzende im Landkreis Bayreuth, Hartmut Koschyk MdB, angekündigt, bei den turnusgemäßen Neuwahlen des CSU-Kreisvorstandes am 13. Mai 2015 in Seybothenreuth nicht mehr für das Amt des CSU-Kreisvorsitzenden zu kandidieren. Koschyk vor den Mitgliedern "seines" CSU-Ortsverbandes: "Nach 16 Jahren als CSU-Kreisvorsitzender ist es an der Zeit, durch einen Wechsel im Amt des CSU-Kreisvorsitzenden der Parteiarbeit neue Impulse und neuen Schwung zu verleihen! Wenn man Parteiämter zu lange innehat, droht die Gefahr, dass die Wahrnehmung eines Führungsamtes zur Routine wird und man sich zu stark in eingefahrenen Gleisen bewegt!" Koschyk wird der CSU-Kreisvertreterversammlung die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer, stellv. Fraktionsvorsitzende

der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, als künftige Kreisvorsitzende vorgeschlagen. Koschyk: "Gudrun Brendel-Fischer hat sich bereit erklärt, für das Amt der CSU-Kreisvorsitzenden im Landkreis Bayreuth zur Verfügung zu stehen. Als stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag gehört sie zur Führungsspitze unserer Partei und hat bereits für unseren Landkreis viele positive Entscheidungen in München bewirkt. Ihre kontinuierliche Basisarbeit in Heinersreuth, wo sie lange CSU-Ortsvorsitzende und Mitglied des Gemeinderates gewesen ist, hat mit die Grundlage für den grandiosen Wahlerfolg von Simone Kirschner bei der Kommunalwahl 2014 gelegt. Gudrun Brendel-Fischer wird mit neuen Ideen und tatkräftigem Elan zu einer Belebung der CSU-Parteiarbeit im Landkreis Bayreuth beitra-

gen!" Koschyk zog eine positive Bilanz seiner 16-jährigen Amtszeit als CSU-Kreisvorsitzender: So habe die CSU im Landkreis Bayreuth bei den Kommunalwahlen 2002, 2008 und 2014 das Bayreuther Landratsamt erfolgreich verteidigt und sei stets stärkste Fraktion im Kreistag geworden. Auch mit 1.580 Mitgliedern sei die CSU die mit Abstand stärkste Partei des Landkreises Bayreuth. Zum Vergleich: die SPD hat 1.060 Mitglieder, die FDP 75, die Freien Wähler 53 und die Grünen 49.



UNTERNEHMENSBesuch BEI BAT

Standort darf nicht gefährdet werden

Die geplante europäische Tabakrichtlinie schadet dem BAT-Standort Bayreuth. „Wir hängen momentan in der Luft“, sagte Stefan von der Heiden vom Zigarettenhersteller British-American-Tobacco bei einem Unternehmensbesuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Thomas Silberhorn MdB und des örtlichen Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk.

Das Bild zeigt von links: Hartmut Koschyk MdB, Stefan von der Heiden (Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der BAT), Thomas Silberhorn MdB (Parl. Staatssekretär) und Bernd Meyer (Werkleiter BAT-Werk Bayreuth.)



UNTERNEHMENSBesuch BEI NKD

Junges Management

Mit einem neuen jungen Management an der Spitze steuert NKD wieder auf Erfolgskurs. Der Textildiscounter gehört mittlerweile auch dem Bündnis für nachhaltige Textilien an, ein Aktionsprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ziel ist es, Umwelt- und Sozialstandards in der Textilwirtschaft verbessern, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Silberhorn, der die Firmenzentrale in Bindlach zusammen mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk besucht hat. Das Bild zeigt von links: Rüdiger Hartmann und Christian Welles von NKD, Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Silberhorn MdB, Almuth Dörre vom Außenwirtschaftszentrum Bayern, Hartmut Koschyk MdB und Bernhard Beck von NKD in Bindlach.



REISE NACH TEMESWAR

Mahnende Erinnerung Ehrenbürger

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, nahm in Temeswar an der Gedenkveranstaltung anlässlich 70 Jahre Deportation der Rumäniendeutschen in die Sowjetunion teil. Im Jahr 1945 begann die Deportation eines großen Teils der Rumäniendeutschen in die sowjetischen Arbeitslager. In Gedenken an dieses Leid, das mit Verlust der Heimat, Trauer und Tod verbunden war, wurde anlässlich der Gedenkveranstaltung vor dem Adam-Müller-Guttenbrunn-Haus in Temeswar das Denkmal „In Memoriam“, das an dieses Schicksal erinnert, eingeweiht. Anlässlich dieser Gedenkfeier nahm Koschyk (*links*) auch an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an den Abgeordneten der Deutschen Minderheit im Rumänischen Parlament, Ovidiu Gant (*Mitte*), durch den Deutschen Botschafter in Bukarest, Werner Hans Lauk (*rechts*), teil.



REISE NACH HERMANNSTADT

Ehrenbürger



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier wurde in Hermannstadt / Sibiu in Siebenbürgen zum Ehrenbürger ernannt, wo der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis, Angehöriger der deutschen Minderheit, bis Ende 2014 Oberbürgermeister war. Zugegen war auch Hartmut Koschyk MdB, der Bundesaußenminister Steinmeier bei seinem Besuch in Rumänien begleitete. Steinmeier hob bei der Verleihung der Ehrenbürgerwürde seine Erinnerungen an den Jahreswechsel 2006/2007 hervor, den er in Hermannstadt erlebt hatte. Zu diesem Zeitpunkt wurde Rumänien Mitglied der Europäischen Union und Hermannstadt wurde zeitgleich europäische Kulturhauptstadt. *Im Bild von links: Beauftragter Koschyk, Forums-Vorsitzender Porr, Staatspräsident Johannis, Außenminister Steinmeier, BdV-Präsident und Vorsitzender der Siebenbürger Sachsen, Fabritius.*

VORTRAG BEI DER SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT BAYREUTH

Vom Isergebirge ins Fichtelgebirge

2015 jährt sich zum 70. Mal der Beginn der Vertreibungen nach dem zweiten Weltkrieg. Daran erinnert die Sudetendeutsche Landsmannschaft unter anderem mit der Ausstellung „Erzwungene Wege“, mit Vorträgen über die Vertreibungsgebiete und mit dem Film „Vom Isergebirge ins Fichtelgebirge“. Einen Überblick über die Geschichte Schlesiens und der Vertreibung aus dem „zehnfach interessanten Land“, wie Johann Wolfgang von Goethe Schlesien bezeichnete, gab der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, MdB Hartmut Koschyk bei einem vielbe-

achteten Vortrag, der zum Rahmenprogramm der Ausstellung gehörte. Die historischen Gründe für die Siedlung der Deutschen im heutigen Polen seien komplex, sagte der Abgeordnete. Er schlug einen weiten Bogen vom Mittelalter bis zur Gegenwart und sprach von einem schnellen Ritt durch 1.000 Jahre Geschichte. Zu den nachhaltigen Störungen im deutsch-polnischen Zusammenleben war es dabei durch den deutschen und den sowjetischen Überfall auf Polen im September 1939 gekommen. „So wurde das deutsch-polnische Zusammenleben durch nationalsozialistische Repressions- und Vernichtungsmaßnahmen nachhaltig gestört“, sagte Koschyk. Nach dem 2. Weltkrieg seien gemäß der Entscheidung der Alliierten alle Gebiete östlich der Oder-Neiße unter polnische Verwaltung gestellt und zu Bestandteilen des polnischen Staatsgebiets erklärt worden. Koschyk: „Die deutsche Bevölkerung wurde von da

an größtenteils vertrieben.“ Durch das Verbot der deutschen Sprache sollte die verbliebene deutsche Minderheit „zwangs-polonisiert“ werden. Zuvor hatte Vorstandssprecher Manfred Kees von der sudetendeutschen Landsmannschaft berichtet, dass die Ausstellung im Alten Schloss sehr gut angenommen werde. Allein in den ersten Tagen wurden 600 Besucher gezählt. Im Anschluss legten Margaretha Michel und Hartmut Koschyk MdB einen Kranz an der Gedenkstätte für das Schicksal und die Aufbauleistung der Heimatvertriebenen nieder.



SURFEN IN NEUEM DESIGN / NEUE INTERNETSEITE VON HARTMUT KOSCHYK ONLINE

„dieAgentur“ gestaltet neuen Internetauftritt

In völlig neuem Design, ansprechend, modern und zeitgemäß präsentiert sich seit Ende Februar die Webpräsenz des Bayreuther Bundestagsabgeordneten und Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk. Der Politiker verglich bei der feierlichen Freischaltung den Internetauftritt mit einem Schaufenster, das immer wieder einmal völlig neu deko-

riert werden muss. Nach sechs Jahren sei es angebracht gewesen, die Seite vollkommen neu zu überarbeiten. Dafür verantwortlich war das Team der „Agentur Rieß, Jenne und Co. GmbH“ in der Bürgerreuther Straße in Bayreuth. Nach den Worten von Manuel Jenne (*rechts*) ist die Seite optimiert für alle Endgeräte und kann künftig auch auf mobilen Geräten optimal dargestellt werden. Außerdem sei ein völlig neues Erschei-

nungsbild gewählt und die gesamte Farb- und Typografiegestaltung angepasst worden. Koschyk (*links*)

selbst nannte die Seite überaus gelungen und wünschte allen Besuchern viel Freude an der neuen Gestaltung.



KOSCHYK BESUCHTE DIE GEMEINDE SPEICHERSDORF

26 Nationen in 6.000-Einwohner-Gemeinde



Was die Integrationsleistung angeht, gilt Speichersdorf im Landkreis Bayreuth bayernweit als vorbildlich. Egal ob Ukrainer, Kasachen, Inder oder Italiener, Amerikaner und Deutsche. Sie alle sind Speichersdorfer. Etwa

jeder fünfte der knapp 6.000 Einwohner der Gemeinde hat einen Migrationshintergrund. „Mittlerweile haben wir 26 Nationen und es ist gelungen, eine echte Willkommenskultur zu schaffen“, so Christian Porsch, Gemeinderat, Jugendbe-

auftragter und Mitglied des Sozialraumteams. Von allen Beteiligten sei in den zurückliegenden Jahren sehr gute Arbeit geleistet worden, sagte die 2. Bürgermeisterin Simone Walter. Es gibt regelmäßig ein Fest der Kulturen, das bereits vor Jahren als „Aussiedlerfest“ gestartet wurde, eine eigene Kochgruppe hatte sich zusammengefunden und sogar schon ein Kochbuch veröffentlicht. Die Biographien einiger Menschen, die nach Speichersdorf gekommen waren, sollen künftig einem

„Geschichtsbuch“ festgehalten werden, das von dem Bundesprojekt „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ unterstützt wird. „Speichersdorf steht für gelungene Integration“, sagte Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB. Er sah den festen politischen Willen des Entscheidungsträgers sowie das herausragende bürgerschaftliche Engagement als das Erfolgsgeheimnis dafür an. Beispielhaft seien aber auch die Betreuung durch die Caritas und die Integrationsarbeit der Kirchen in bestem ökumenischen Sinn.



Koschyks
politische Korrespondenz



IMPRESSUM

Herausgeber:
Hartmut Koschyk MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
e-Mail: hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6 · 95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
Mail: hartmut.koschyk.wk@bundestag.de

Redaktion:
**Patrick Lindthaler, Thomas Konhäuser,
Stephan Herbert Fuchs**

 www.koschyk.de